

FUCHS BRIEFE

Der Unternehmerbrief aus der Hauptstadt

71. Jahrgang | 14

Berlin, 16 Februar 2017

Innovation | Technik

Abgefahren: Straßen aus Plastikmüll

Eine Technik-Innovation könnte den Straßenbau binnen weniger Jahre revolutionieren. Schon bald könnten Straßen aus recyceltem Plastikabfall gebaut werden. Das würde ganze Branchen umkrepeln.

Erdacht hat sich die Idee, Straßen aus Plastik zu bauen, eine Unternehmensgruppe aus Holland. Das technische Konzept ist bestechend einfach. Plastikabfälle werden geschreddert, eingeschmolzen und zu Straßenmodulen (Hohlkammerprofile) gepresst. Beteiligt an dem Entwicklungskonsortium ist neben Total auch KWS, ein holländisches Infrastrukturunternehmen mit Fokus auf Straßenbau.

Die technischen und wirtschaftlichen Vorteile der modularen Plastikstraße scheinen enorm. Einerseits wird Plastikmüll wiederverwendet. Hinzu kommt, dass die Straßenmodule aufgrund des benutzten Werkstoffs echte Leichtgewichte sind. Sie wiegen nur ein Viertel einer vergleichbaren Asphalt-Straße je Quadratmeter. Zudem ist die Haltbarkeit sehr hoch. Laut Unternehmen ist die erwartete Lebensdauer einer Plastikstraße drei Mal so lang wie die einer herkömmlichen Straße.

Die Auswirkungen auf etliche Branchen könnten gravierend sein. Das Konzept würde den Straßenbau revolutionieren; es könnte enorme Kosten im Unterbau der Wege sparen. Die modulare Bauweise würde die Bauzeit um bis zu 70% verkürzen, glauben die Entwickler.

Die modulare Hohlkammerbauweise könnte auch das Abwassermanagement radikal verändern. Regenwasser kann im Inneren der Straßenmodule gespeichert und langsam an die Umwelt abgegeben werden. Das könnte die Kanalisation und Abwasserwerke entlasten, Kommunen viel Geld sparen.

Auch die Elektromobilität könnte von der Innovation profitieren. In den Hohlräumen der Straßenmodule können neben den üblichen Rohren und Leitungen auch Induktions- und Ladeschleifen eingebaut werden. Zudem ließen sich die Straßen einfach mit diversen Sensoren zur laufenden Verkehrssteuerung bestücken (traffic management). Selbst Reparaturen dieses Straßentyps wären relativ einfach. Beschädigte Module könnten einfach vollständig ausgetauscht werden.

Die Entwickler der Plastikstraße wollen bis zum Jahresende einen Prototyp herstellen und testen.

Zunächst sollen Radwege gebaut werden. Die Produktion vollwertiger Verkehrswege ist das Endziel. Dem Unternehmen nach gibt es bereits erste Kommunen, die sich für dieses Wegekonzept interessieren und sich auch als Test-Kommunen angeboten haben.

- **Fazit:** Möglicherweise betroffene Branchen, voran der Straßen- und Tiefbau, sollten sich frühzeitig mit den Auswirkungen auf ihr eigenes Geschäft auseinandersetzen.

Hauptstadt-Notizen

WIEN: TSCHECHE FÜHRT OSZE

Ein tschechischer Diplomat soll Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) werden. Der 54-jährige *Štefan Füle* wurde von Prag für die nächste dreijährige Amtszeit nominiert. Die des Italieners *Lamberto Zannier* endet am 30. Juni. Füle ist gegenwärtig als Sonderbeauftragter des tschechischen Außenministeriums für die OSZE tätig. Die OSZE ist derzeit vor allem in der Ukrainefrage tief gespalten.

BRÜSSEL: BDI KRITISIERT RDE-REGELUNG

Die neuen Regelungen zur Überprüfung von Stickoxidemissionen auf Partikelemissionen stoßen beim BDI auf Widerstand. Nach dem Willen der EU sollen die neuen Regeln bereits ab September 2017 für direkt einspritzende Ottomotoren in Neufahrzeugen gelten. Ab September 2018 müssen dann alle benzingetriebenen Neufahrzeuge die Grenzwerte von Dieselmotoren einhalten. Damit müssen in alle Motoren Partikelfilter wie schon bei den Dieselmotoren eingebaut werden. Der BDI bemängelt, dass die Frist angesichts des Zyklus für Neufahrzeuge viel zu kurz sei.

Außenpolitik | NATO

Die Bundeswehr als „Ankerarmee“

Die deutsche Politik und Rüstungsindustrie arbeiten beharrlich an einer „Europäisierung“ der Verteidigung im Rahmen der NATO. Die Bundeswehr soll dabei als „Ankerarmee“ für kleinere Staaten in Europa

Inhalt

◆ Frankreich Präsidentschaft: Macron wird es schaffen 2	
◆ Energie: Hohe Zuschüsse für Ladestationen	3
◆ Börse: America first	4

fungieren. Dies spricht Verteidigungsministerin *Ursula von der Leyen* (CDU) inzwischen ganz konkret aus. Die „Europarmee“ spielt dabei keine Rolle (FB vom 17.11.16).

Am Rande des NATO-Treffens in Brüssel wurden entsprechende Vereinbarungen mit Rumänien und Tschechien getroffen. Deutsche Verbände führen demnach Truppen aus diesen Ländern. In die 10. Panzerdivision der Bundeswehr wird die 4. Schnelle Eingreifbrigade der Tschechen integriert, in die Division Schnelle Kräfte die 81. Mechanisierte rumänische Brigade. Mit Frankreich und den Niederlanden kooperieren deutsche Luftwaffen-Verbände.

Vervollständigt wird die Zusammenarbeit durch eine intensivere Rüstungskoope-ration. Statt des europäischen Waffenwirrwarrs – 17 verschiedene Panzer, 20 verschiedene Kampfflugzeuge und 29 Zerstörer/Fregatten – soll die nächste Generation aus einer Hand kommen. Konkret:

- ◆ Der Kampfpanzer Leopard 3 wird von einem deutsch-französischen Konsortium aus Krauss-Maffei Wegmann und Nexter entwickelt und gefertigt. Pikant: Dies geschieht im Rahmen einer niederländischen steuerbegünstigten Holding.
- ◆ Das neue Kampfflugzeug Tornado soll aus einer noch zu schaffenden Kooperation der deutsch-französischen Airbus-Gruppe mit der französischen Rafale- und der schwedischen Gripen-Gruppe entstehen.
- ◆ Mit Norwegen entwickelt die Bundeswehr gemeinsame Lenkwaffen für die Marine und für U-Boote.

Die Stärkung des „Europäischen Pfeilers“ der NATO ist erklärtes deutsches Interesse. Unter dieser Maßgabe sollen auch die Verteidigungsausgaben von derzeit 1,19% in Richtung auf das NATO-Zielversprechen von 2% bewegt werden. Dabei hofft man, dass die US-Administration dieses Bemühen mit einer Verlängerung des Verteidigungsversprechens belohnt.

Die NATO-Außenpolitik Berlins hat auch eine innenpolitische Komponente. Bei Rüstungsexporten sind die Partnerländer längst nicht so stringent wie die Bundesregierung und die deutsche mediale Öffentlichkeit. Innerhalb von Kooperationen gefertigte Waffensysteme können viel unproblematischer in alle Welt verkauft werden.

- ▶ **Fazit:** Die europäische Seite der Sicherheitspolitik erhält durch *Trumps* Rhetorik Schub. Teile der US-Rüstungsindustrie werden darunter zu leiden haben.

Frankreich | Präsidentschaft Macron wird es schaffen

Emmanuel Macron wird mit hoher Wahrscheinlichkeit der nächste französische Staatspräsident.

Der jugendliche Präsidentschaftsbewerber ohne parteilichen Hintergrund ist das in aller Welt verlangte „neue politische Gesicht“. Er füllt in Stadt und Land die Säle, hat eine wachsende „Bewegung“ parteiverdrossener Bürger hinter sich, nennt sein Buch „Revolution“ – und ist dennoch ein sicherer Garant, dass genau diese im behäbigen, traditionsverwurzelten Frankreich nicht stattfindet. Macron als Präsident wäre nicht nur für das gesellschaftliche Befinden Frankreichs eine passable Lösung. Er brächte auch – nach dem Brexit Großbritanniens – wieder mehr Zusammenhalt, Ruhe und Selbstbewusstsein in die angeschlagene EU.

Macron ist überzeugter Europäer. Er will sich an die Brüsseler Regeln bis zu den Maastricht-Kriterien für die Staatsverschuldung halten, die Achse zu Berlin pflegen und im Inneren eher „sanfte“ Reformen nach skandinavischem Vorbild ins Werk setzen. Zum Beispiel die vorsichtige Liberalisierung des Arbeitsmarkts und als Bonbon die Verstaatlichung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung mitsamt deren finanziellen Risiken. Alle diese Ziele existieren nur in Konturen. Sie sollen in Ruhe diskutiert und nicht vor Mitte 2018 parlamentarisch umgesetzt werden.

Dieses „revolutionäre“ Beharrungsvermögen zielt auf wichtige Sozialgruppen des Landes. Obenan auf die ländliche Bevölkerung. Frankreich ist noch immer ein stark agrarisch geprägtes Land. Fast 6% der Beschäftigten sind im primären Sektor tätig (Deutschland 1,5%). Ihnen und ihrem großen ländlichen Umkreis braucht niemand zu erklären, was seit 65 Jahren in Europa lukrative Tatsache ist: Der größte Agrarproduzent Europas (18% der EU-Produktion) bezieht natürlich seit alters die höchsten Subventionen aus Brüssel. Wer wie der Front National (die *Le Pen*-Gruppe) und neuerdings auch der linke Flügel der Sozialisten von diesem Topf wegstrebt, hat dort keine Chancen. Ein ähnliches Beharrungsvermögen darf man bei dem überbesetzten Beamtenapparat (9% der Beschäftigten, nur noch von Italien mit 9,4% übertroffen) vermuten. Auf gleicher Seite stehen das städtische Bürgertum und die Unternehmerschaft.

- ▶ **Fazit:** Mit einer intakten Achse Paris-Berlin ließe sich manches reparieren; der Euro könnte stabilisiert und Zentrifugaltendenzen im Süden erfolgreicher bekämpft werden.

Energie

Ab 2020 neues Preisregime für CO₂

In Europa steigen ab 2020 die Preise für CO₂-Zertifikate. Denn ab dann wird das Angebot knapper. Das Europaparlament hat am Mittwoch einem Vorschlag der EU-Kommission für die 4. Handelsperiode für CO₂ zugestimmt (2021 bis 2030). Danach sollen die Emissionszertifikate ab 2021 um jährlich 2,2% verringert werden.

Der Preisanstieg wird aber moderat ausfallen.

Denn derzeit gibt es etwa zwei Milliarden überschüssige Zertifikate. Im letzten Jahr schwankte der Preis zwischen 4,20 und 6,80 Euro. 2030 wird mit Preisspitzen von zehn bis 15 Euro pro Tonne CO₂ gerechnet.

Selbst Polen wird dem Kommissionsvorschlag zustimmen. Schon der ruhige Verlauf der EU-Parlamentssitzung deutet darauf hin. Das Land ist sonst stets kritisch bei Emissionsvereinbarungen.

Unser östlicher Nachbar wird aber versuchen, Sonderkonditionen zu erlangen. Besonders bei der Effort-Sharing-Entscheidung, also der Emissionsreduktion in den Sektoren Straßenverkehr, Landwirtschaft und Gebäude, will sich Polen kaum beteiligen.

Der Versuch der Bundesregierung, eine internationale CO₂-Bepreisung zu beschließen, wird dagegen keinen Erfolg haben. Dies hat sich Berlin im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg zum Ziel gesetzt. Die US-Administration ist an Umweltthemen nicht interessiert. Somit werden sich auch Russland, Saudi-Arabien und weitere Staaten dem Thema verweigern. Andere, wie China und Mexiko, wollen ein eigenes CO₂-Zertifikathandelssystem einführen. Sie wären auch auf internationaler Ebene zu einem Beschluss bereit. Aber G20-Beschlüsse erfolgen nur bei Zustimmung aller Teilnehmer.

- ▶ **Fazit:** In Europa ist mit leicht steigenden CO₂-Preisen zu rechnen. International wird sich die Bepreisung von CO₂ nicht durchsetzen.

Energie | Förderung

Hohe Zuschüsse für Ladestationen

Sie können sich ab dem 1. März bis zum 28. April um Zuschüsse für neue E-Ladestationen bewerben. Maximal 60% der Kosten werden erstattet. Je Normalladestation sind dies bis zu 3.000 Euro, für Schnellladestationen bis zu 30.000 Euro.

Gefördert werden sowohl neue Standorte wie auch die Umrüstung bestehender Ladestellen. Begünstigt werden Private und Unternehmen. Nachweisen müssen Sie zudem die Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien bzw. aus vor Ort erzeugtem regenerativen Strom bspw. aus Photovoltaik-Anlagen. Sie verpflichten sich obendrein zum Betrieb der neuen Ladestation auf sechs Jahre und als Untergrenze zwölf Stunden am Tag. Zur Verfügung stehen 300 Mio. Euro.

Den Antrag müssen Sie vor den Bauarbeiten stellen. Informationen erhalten Sie beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unter: <https://tinyurl.com/jbgrdu3>.

- ▶ **Fazit:** Es wird viele Interessenten geben. Werden Sie umgehend aktiv.

Betrieb | Recht

Eingeschränktes Wettbewerbsverbot

Ein Wettbewerbsverbot für ehemalige Geschäftsführer darf nicht ausufern. Unzulässig sind Verbote für Tätigkeiten ohne Bezug zum verlassenen Unternehmen oder rein kapitalmäßige Beteiligungen. So urteilte das Oberlandesgericht Hamm (aktuell veröffentlichtes Urteil vom 8.8.2016, Az. 8 U23/16).

Zu weitgehend war das Verbot, für ein Unternehmen tätig zu sein, das mit einem Wettbewerbsunternehmen verbunden ist. Nicht erlaubt ist laut Gericht auch das Verbot, ein im Wettbewerb stehendes Unternehmen „zu errichten, zu erwerben oder sich hieran unmittelbar oder mittelbar zu beteiligen“.

Die Richter rügten außerdem ein zu umfassendes Beschäftigungsverbot. So darf der ehemalige Geschäftsführer in einem Konkurrenzunternehmen tätig sein, wenn er dort in einem Bereich arbeitet, der keinen Bezug zur früheren Tätigkeit, seiner dort relevanten Fachkompetenz oder zu ihren Kunden aufweist.

- ▶ **Fazit:** Allzu umfassende Wettbewerbsverbote nutzen wenig.

Personal | Ausbildungsvertrag

Probezeit kann verlängert werden

Sie dürfen im Ausbildungsvertrag vereinbaren, dass sich die Probezeit verlängern kann. Dies kann zum Beispiel bei längerer Krankheit geschehen (BAG vom 9.6.2016 – 6 AZR 396/15). Die Probezeit kann dann über die Zeitgrenze von höchstens vier Monaten (nach §20 Berufsbildungsgesetz) hinausgehen. Im konkreten Fall hatte ein Kfz-Lehrling eine Fehlzeit von sieben Wochen wegen Krankheit.

- ▶ **Fazit:** Wird die Ausbildung während der Probezeit um mehr als ein Drittel unterbrochen, dann verlängert sich die Probezeit um die Zeit der Unterbrechung.
- ▶ **Hinweis:** Achten Sie darauf, dass in den von Ihnen verwandten Ausbildungsverträgen eine Verlängerungsklausel enthalten ist. Nur wenn das ausdrücklich so vorgesehen ist, verlängert sich die Probezeit.

In aller Kürze

RECHT: E-MAIL ALS SPENDENQUITTUNG

E-Mails werden ab sofort als Nachweis von Zuwendungen an steuerbegünstigte Stiftungen anerkannt. Darauf verweist das BMF (GZ IV C 4 - S 2223/07/0012) im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder. Damit wird der Sonderausgabenabzug erleichtert.

Börse

America first

Die US-Börsen setzen den populistischen Wahl-Slogan von *Donald Trump* ungebremst um. Alle großen US-Indizes steigen flott weiter. Der Dow Jones notiert über 20.600 Punkten, die Nasdaq klettert steil weiter und auch der S&P kennt derzeit nur den Weg hinauf.

Erstaunlich ist daran, dass sich die US-Märkte überhaupt nicht von der Zinsseite nervös machen lassen. Dabei hat *Janet Yellen*, die Chefin der US-Notenbank, bei ihrem jüngsten Statement vor dem US-Kongress die Linie der Fed klar beschrieben. Demnach läuft die Wirtschaft sehr gut. Auch die Inflationsraten steigen (zuletzt auf 2,5%). Indirekt kündigte Yellen einen Zinsschritt an. Es gehe jetzt auch darum, sich „einen Zinspuffer für schlechte Zeiten“ zu verschaffen.

Die Trump-Rally kann aber noch etwas andauern. Berücksichtigen wir das hohe Momentum der US-Börse und den kurzfristigen Trendkanal, so sind in den nächsten drei Monaten sogar Notierungen um 22.000 Punkte im Dow denkbar. Unser Wohlfühlfaktor ist bei diesen Zahlen für die US-Börse aber gering.

Denn die Risiken für die US-Märkte steigen kontinuierlich an. Momentan enteilt der Markt mit seiner Hoffnungs-Rally den realen Unternehmenszahlen (hohe Bewertung) und der absehbaren Zinsentwicklung. Hinzu kommen Risiken, die sich mit der Politik Trumps verbinden. Das ist einerseits eine drastisch steigende US-Ver-schuldung, andererseits möglicherweise eine zunehmende Abschottung wegen protektionistischer Maßnahmen.

Der DAX läuft dagegen unaufgeregt. Das liegt daran, dass die Investoren für Europa gerade nicht politisch euphorisiert sind. Vielmehr sind sie angesichts der anstehenden politischen Entscheidungen in Holland und Frankreich eher in vorsichtiger Wartestellung (FK vom 9.2.).

Dennoch hat der DAX ein dickes Dow-Problem. America first bedeutet auch, dass die nächste kräftige Kurskorrektur von dort kommen wird. Dass sich der DAX dann einem kräftigen US-Kursrutsch wird entziehen können, halten wir aber für ausgeschlossen. Aber: In Relation zum US-Markt wird der DAX viel schneller wieder fundamental interessant. Unser Szenario des Jahreswechsels 2014/15 ist noch intakt (FK vom 8.12.16.).

- **Fazit:** Der Markt bleibt relativ unkomfortabel. Die US-Börse ist fundamental zu teuer, der DAX hat aber keinen großen Schwung. Wer investiert ist, lässt die Gewinne laufen und sichert weiter ab. Für neue Investments wird es bald bessere Kurse geben.

Empfehlung: ProSiebenSat1 Media

PROSIEBENSAT1 MEDIA (ISIN: DE 000 PSM 777 0 | Kurs: 38,88 EUR) verfolgt eine besonders aktionärsfreundliche Ausschüttungspolitik. In diesem Jahr dürfte die Dividende erneut steigen – von 1,80 Euro auf etwa 2,00 Euro (plus 11%). Trotz der hohen Ausschüttungsquote wächst der Konzern kräftig. Seit 2013 erzielt die Sendergruppe ein jährliches Umsatzplus von mehr als 10%.

Wichtigster Wachstumstreiber ist das E-Commerce-Portfolio der Münchener. In den vergangenen drei Jahren wuchs diese Sparte um mehr als 150%. Unter den Geschäftsbereichen „Digital Entertainment“ und „Digital Ventures & Commerce“ bündelt ProSiebenSat1 die Internetaktivitäten des Konzerns. Dazu zählen z. B. die Online-Partnervermittlung Parship.de, Vergleichsportale wie Verivox, der Video-Streaming-Dienst maxdome oder die Reisevermittler Etraveli und weg.de.

Der langfristige Aufwärtstrend der Aktie ist intakt. Aber seit rund einem Jahr konsolidiert sie ihren kräftigen Kursanstieg. Mit einem KGV von gut 14 ist der Titel moderat bewertet. Auf dem aktuellen Kursniveau ist die Aktie ein Kauf, die Dividende erfreut zusätzlich.

- **Empfehlung:** kaufen, Nachkäufe um 36,50 Euro
- **Kursziel:** 46,64 EUR; StoppLoss: unter 34 Euro

Empfehlung: DividendenAdel

Anleger, die auf Dividenden-Aktien setzen wollen, können diese in einem Korb kaufen. Sehr gut gelingt das z. B. mit dem DividendenAdel-Zertifikat. Das Papier bildet einen Aktienindex ab, in dem sich 25 europäische Unternehmen finden, die regelmäßig steigende Dividenden ausweisen. Zusammengestellt wird der Korb durch *Werner H. Heussinger* und *Christian W. Röhl*. Sie haben ihr DividendenAdel Eurozone Portfolio nun als Open End Zertifikat (ISIN: DE 000 DM1 DVA 8 | Briefkurs: 100,21 EUR) konzipiert. Das Zertifikat hat keine Laufzeitbegrenzung und kann börsentäglich über X-markets und in Frankfurt und Stuttgart gehandelt werden (Managementgebühr 1,20% p.a.) Dividendenzahlungen steigern den Wert des Index.

- **Fazit:** Das Zertifikat eignet sich für langfristige Anleger, die einen Korb der besten Dividendenzahler der Eurozone kaufen wollen.

HINWEIS

Diese Empfehlungen sind ein Auszug aus unserem Brief FUCHS-Kapitalanlagen, der jeden Donnerstag erscheint. Bestellen sie ein kostenloses Probe-Abo unter E-Mail: info@fuchsbrieft.de.